

Kommentar



Ruf nach allgemeiner Impfpflicht

Nach der Pannenserie nun der Offenbarungseid

Von Antje Höning, Büro Berlin

Was für ein Armutszeugnis! Da geht Deutschland in den zweiten Winter der Pandemie – und steht schlechter da als je zuvor. Obwohl es reichlich Impfstoff gibt, sind die Infektionszahlen hoch wie nie und Kliniken in Not. Nun stehen wir wieder da, wo wir 2020 standen. Denn die Maßnahmen der Länderchefs reichen nicht, sie kommen zu spät. Und hatten Kanzlerin und Ministerpräsidenten eine allgemeine Impfpflicht immer ausgeschlossen, fallen Spitzenpolitiker nun reihenweise um. Dass nach 20 Monaten Pandemie die Politik zu dieser Zwangsmaßnahme greifen will, dokumentiert ihr Scheitern. Gescheitert ist Bundesgesundheitsminister Jens Spahn: Dass er wegen falscher Spendenpolitik nun mit Biontech ausgerechnet den Impfstoff rationieren muss, zu dem die Bürger das meiste Vertrauen haben, setzt seine Pannenserie fort. Gescheitert ist die Kassenärztliche Bundesvereinigung, deren Chef Andreas Gassen noch vor wenigen Wochen einen Freedom Day ausrufen wollte – und nun nicht einmal rechtzeitig Booster-Impfungen für alle abliefern kann. Auch fragt man sich, warum die Kanzlerin die Dinge in den vergangenen Wochen einfach hat laufen lassen.

Jetzt also soll es eine allgemeine Impfpflicht richten. Dafür spricht, dass nur mit einer deut-

lich höheren Impfquote die Pandemie gestoppt werden kann. Dafür spricht auch, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo sie die Freiheit des anderen verletzt. Die Politik kann nicht tatenlos zusehen, wie die Kliniken in eine Lage wie einst in Bergamo kommen.

Dagegen spricht aber der massive Vertrauensverlust, den Söder und Co. durch eine Impfpflicht auslösen. Das ist Wasser auf die Mühlen von Verschwörungstheoretikern und AfD. Was gilt dann künftig noch das Wort in der Politik? Aber auch in der Sache führt eine Impfpflicht nicht weiter: Soll die Polizei Patienten abführen und Ärzten zum Zwangsimpfen bringen? Oder will man Monate lang um Bußgelder prozessieren? Wer Impfunwillige umstimmen will, muss sie in ihrem Alltag packen. Wenn Argumente sie nicht überzeugen, dann vielleicht ein exklusiver Lockdown: Wer ungeimpft nirgendwo mehr hingehen darf außer zum Supermarkt, findet vielleicht doch den Weg zum Arzt.

Genauso hat es Israel mit seinem grünen Pass gemacht. Zudem hat das Land mutig geboostert und sich nicht durch eine Impfkommision aufhalten lassen. So konnte die vierte Welle früh gebrochen werden. In Deutschland lautet die Alternative nun Lockdown für Wirtschaft oder Schulen. Kinder aber dürfen nie mehr weggesperrt werden, weil Millionen Erwachsene den Ernst der Lage nicht verstehen.

Pressestimmen

„Süddeutsche Zeitung“

aus München über eine Impfpflicht:

Wenige Entscheidungen haben das Potenzial, eine Gesellschaft tiefer zu spalten als die Impfpflicht. Das gilt übrigens nicht nur für die Gegner – sondern auch für die diejenigen, deren Geduld mit den Neinsagern aufgebraucht ist. Die Wut kann auch die Seiten wechseln. Was es jetzt braucht, ist der letztmalige Versuch, die Impfquote zu erhöhen – und parallel eine Debatte zu führen, an welchem Punkt eine Impfpflicht unausweichlich wird. Sie gehört in den Ethikrat, die Fachleute der WHO gehören einbezogen. Vor allem aber: Im deutschen Parlament muss diese Frage debattiert werden. Falsch ist eine Pandemie-Bekämpfung, die entweder nichts tut oder zu wenig, oder bruchlos zu den schärfsten denkbaren Maßnahmen greift. Wenn die Impfquote trotz aller Bemü-

hungen nicht steigt, das Virus mutiert, wenn auf die vierte eine fünfte Welle folgt, wird eine Impfpflicht ohnehin unausweichlich werden. Aber das Ja zu einer solchen Maßnahme darf man sich nicht so einfach machen wie das Nein am Beginn dieser Pandemie.

„Frankfurter Rundschau“

ebenso:

Auch wenn uns vieles an den Murks vor einem Jahr mit Lockdown light im November und einem richtigen Lockdown zu Weihnachten erinnern – Deutschland erlebt mit dem zweiten Corona-Winter kein Déjà-vu. Deutschland erlebt ein noch nicht gekanntes Desaster. Am 9. Dezember kommen Bund und Länder wieder zusammen und wollen die gelockerte Corona-Politik ohne Möglichkeit zum Lockdown überprüfen. Gut möglich, dass sie das rückgängig machen und auch eine Impfpflicht erlassen müssen.



Hofft auf Frauenpower bei dem Versuch, im Konrad-Adenauer-Haus künftig Chef sein zu können: Helge Braun, geschäftsführender Kanzleramtschef, setzt auf die Bundestagsabgeordneten Serap Güler (links) und Nadine Schön.

Foto: Kumm/dpa

Das Ringen um die Mitglieder

Der eine setzt auf Klassiker, der andere aufs Herz: Friedrich Merz und Helge Braun werben für sich

Von Hagen Strauß, Büro Berlin

BERLIN. Nun wird es richtig spannend in der CDU: Die Vorstellungsphase der Kandidaten für den Parteivorsitz hat begonnen. Am Abend stellte sich Ex-Fraktionschef Friedrich Merz digital den Fragen von Mitgliedern. Stunden zuvor hatte noch rasch einer seiner Konkurrenten sich und sein Team der Hauptstadt- und Landespresse präsentiert – der sanftmütige Kanzleramtschef Helge Braun.

Erneuerung, Ehrlichkeit, Klarheit, Führungsstärke. Gleich zu Beginn äußerten die zugeschalteten Mitglieder per Umfrage diese Erwartungen an den neuen Vorsitzenden. „Da kommt viel zum Ausdruck, was mir gut gefällt“, kommentierte Merz schmunzelnd. Nicht, ohne auch auf das Konservative in der Union zu verweisen. Dafür tritt er ein.

Drei Kernpunkte musste Merz dann aber nennen, für die die CDU überhaupt noch steht. „Wir sind Volkspartei und haben ein Menschenbild. Wir stehen für soziale Marktwirtschaft. Drittens: Wir stehen für Generationengerechtigkeit.“ Es waren die Unionklassiker, mit denen der 66-Jährige für sich warb. Darunter auch die stärkere Bekämpfung der Clankriminalität und mehr Engagement für die Bundeswehr, zu der er immer ein enges Verhältnis gepflegt habe.

Bei den Themen Flüchtlinge und Einwanderung setzte Merz ebenfalls auf eine in der CDU gern gehörte Haltung: „Wir brauchen in diesem Land Einwande-

lung“, betonte er. Aber es gebe Grenzen, „und die müssen europäisch definiert werden und nicht deutsch“. Es könne jedenfalls nicht sein, dass „alle Flüchtlinge“ nach Deutschland kommen.

Auch der Klimawandel, Top-Thema im Wahlkampf, spielte eine Rolle. Mit der Problematik habe er sich intensiv beschäftigt, so Merz. Allein durch die „Vermei-



Friedrich Merz nimmt den dritten Anlauf, Vorsitzender der CDU zu werden.

Foto: Kappeler/dpa

derung von CO₂“ werde man das Klimaproblem nicht lösen, sagte er. „Ich will mir mal vorurteilsfrei anschauen, welche neuen Technologien es gibt.“ Mit Wind und Sonne allein werde man den Energiebedarf in Deutschland wohl nicht decken können.

Der Wirtschaftspolitiker gab dann auch erneut den Sozialpolitiker: „Wir müssen uns über die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats unterhalten“, forderte er. Dafür habe man ja in der Opposition nun genug Zeit. Wohl wahr. Es war eine gefällige Fragerunde, die Merz alles in allem souverän meisterte. Mittwoch sitzt der nächste Kandidat, der Außenpolitiker Norbert Röttgen, auf dem nicht ganz so heißen CDU-Stuhl. Am Donnerstag muss Braun ran, der zuvor seine Kandidatur vor der Presse begründet hatte.

Helge Braun ist der dritte Kandidat. 49 Jahre alt, geboren in Gießen, ehemaliger Anästhesist, schwergewichtig. Gerne bezeichnet man ihn im politischen Berlin als „Balu der Bär“, weil er so gutmütig daherkommt. Von Merz und Röttgen war eine Kandidatur für den CDU-Vorsitz erwartet worden. Aber den noch amtierenden „ChefBK“, so sein offizielles Kürzel, hatten die wenigsten auf dem Zettel.

Braun ist der Neue im Wettbewerb; Röttgen versucht zum zweiten Mal, Merz bereits zum dritten Mal den Sprung auf den CDU-

Chiefsessel. Brauns Chancen? Bislang wohl eher gering. Auch wenn er dagegen wetten würde, wie er vor der Presse betonte. Er wolle die CDU jetzt „mit Herz und Verstand“ wieder nach vorne bringen. Dafür muss er aber auch er erst einmal gewählet werden.

»Es soll sich insgesamt wieder gut anfühlen, bei der CDU zu sein.«

Serap Güler, Mitglied im Team von Helge Braun

In vielen Bereichen sei die Union nicht mehr attraktiv, begründete Braun seine Kandidatur. „Das Angebot muss lauten, dass die CDU mit all ihren Wurzeln wieder gleichgewichtig wahrgenommen wird.“ Zwei Frauen sollen ihm dabei helfen: Serap Güler, 41, will Braun zur Generalsekretärin machen. Sie war einst im Team Armin Laschet, früher Staatssekretärin für Integration in NRW, jetzt ist sie Bundestagsabgeordnete. „Es soll sich insgesamt wieder gut anfühlen, bei der CDU zu sein“, meinte Güler. Und Nadine Schön, 38, bisher Digital-Expertin der Fraktion. Die Saarländerin soll Leiterin der CDU-Struktur- und Programmentwicklung werden, wenn Braun die Wahl gewinnt. „Wir wollen und müssen unsere eigene Parteiarbeit reformieren und modernisieren“, befand Schön. (ger)

Letzte Textarbeiten hinter verschlossenen Türen

In dieser Woche soll der Koalitionsvertrag vorgestellt werden – Die ersten Kabinettslisten kursieren auch schon

Von Holger Möhle, Büro Berlin

BERLIN. Sie sitzen jetzt alle in der Schreibkammer. Textarbeit. Ein harter Job. Vor allem sollen diese Texte in diesem Fall vier Regierungsjahre halten, in denen viel passieren kann. Lars Klingbeil, Volker Wissing und Michael Kellner haben sich noch einmal eingeschlossen. Die Generalsekretäre von SPD und FDP sowie der Bundesgeschäftsführer der Grünen haben noch einige Nachschichten eingelegt, obwohl sie doch genau das nicht mehr wollten – auch als Zeichen einer anderen Verhandlungskultur der potenziellen Ampel-Koalitionäre. Doch dann hatte Wissing vor Mikrofonen Verhandlungen einfach „bis ultimo“ ausgerufen, als sich SPD, FDP und Grüne für ihre koalitionsfähige Ampelschaltung in der vergangenen Woche in der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz traf, jenem Bundesland, in dem eine Ampel-Koalition gerade erneut regiert.



Ringens ums Kleingedruckte: (von links) Michael Kellner (Grüne), Lars Klingbeil (SPD) und Volker Wissing (FDP).

Foto: Niefeld/dpa

In dieser Woche, so viel ließen sie immerhin heraus, soll der Koalitionsvertrag stehen und auch vorgestellt werden. Die Zeit drängt. Denn mindestens die Grünen brauchen etwas Vorlauf, wenn sie ihre mittlerweile gut 120000 Mitglieder online nach

ihrer Zustimmung zum Koalitionsvertrag befragen. Für Olaf Scholz soll es einen ganz besonderen Nikolaus geben. Denn Scholz, derzeit noch geschäftsführender Bundesfinanzminister, soll in der Nikolaus-Woche im Bundestag zum nächsten Bundes-

kanzler gewählt werden. SPD und FDP wollen zuvor jeweils Sonderparteitage abhalten, die Grünen ihre Mitgliederbefragung.

Bislang ist von den Verhandlungen wenig nach außen gedrungen. Die früh verabredete Devise, wer quatscht, der fliegt und kann sich etwaige Ministerambitionen abschminken, hat gewirkt. Nur einige Details, die aber nicht regierungsentscheidend in der neuen Legislaturperiode sein dürften, drangen nach außen. So sollen sich die Ampel-Parteien etwa auf eine Legalisierung von Cannabis geeinigt haben.

Es kursieren einige Kabinettslisten, die sich teilweise plausibel lesen, aber selbstverständlich nicht bestätigt sind. Allgemein wird erwartet, dass FDP-Chef und Spitzenkandidat Christian Lindner nächster Bundesfinanzminister und auch Vize-Kanzler wird. Als Vize-Kanzler der Grünen rechnen viele mit Robert Habeck, der bei seinem Auftritt nach der Bundestagswahl schon durch-

blicken ließ, dass zumindest diese Frage zwischen ihm und Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock geklärt sei.

Baerbock wiederum wird für das Auswärtige Amt gehandelt. Generalsekretäre werden normalerweise für ihre Kärnerarbeit mit Ministerehren belohnt. Doch im Falle der SPD hat Klingbeil, dem man auch das Amt des Verteidigungsministers zugetraut hatte, abgesagt, weil er lieber neuer Co-Vorsitzender an der Seite von Saskia Esken wird.

Bei den Grünen könnte Kellner leer ausgehen. Denn diese Koalition will das Paritätsversprechen von Scholz erfüllen: 50 Prozent Frauen, 50 Prozent Männer. Bei womöglich fünf Ministerposten für die Grünen gingen nach grüner Arithmetik drei dann an Frauen. Lediglich Wissing darf sich von den Generalsekretären ernsthaft Chancen ausrechnen, in der regelmäßigen Ministerrunde jeden Mittwoch mit am Kabinettschisch zu sitzen. (ger)

Gesellschaft

Neue Studie zu „Querdenkern“

BASEL. Wissenschaftler der Universität Basel sehen die Wurzeln der „Querdenken“-Bewegung in Baden-Württemberg im linksalternativen Milieu. Demnach ticken die „Querdenker“ im Südwesten ganz anders als im Osten der Republik.

Der Anteil von AfD-Wählern ist im Osten in der Bewegung viel höher als in Westdeutschland, so die Studie. Dafür gibt es im Südwesten doppelt so viele ehemalige Grünen- und Linkspartei-Wähler unter den Protestlern wie im Osten.

In Sachsen seien die Proteste stärker von der extremen Rechten geprägt und trügen deutlich weniger esoterische Züge, heißt es in der Studie. (dpa/ger)

Ihr Draht zu uns

Christoph Willenbrink (wil) 0471/597-256
Tim Albert (tra) 0471/597-258
Christoph Barth (cb) 0471/597-261
Ulrich Kroeger (ger) 0471/597-296

